

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(89. - öffentliche - Sitzung am 22. Februar 2017)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5422](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6875](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich einstimmig der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

3. **Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5290](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Elternbeiträge im Kindergarten**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 17/7280](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP der Beschlussempfehlung des - federführenden - Kultusausschusses an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

5. **Gesetz zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6237](#)

Der Ausschuss legte den Kreis der Anzuhörenden für die in der 77. Sitzung beschlossene schriftliche Anhörung fest.

6. **Kein Fahrverbot als eigenständige Sanktion bei allgemeiner Kriminalität**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/7271](#)

Der Ausschuss kam überein, sich in einer seiner nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen und danach über das weitere Verfahren zu beraten.

7. **Bericht der Landeswahlleiterin nach § 10 Abs. 2 NLWG**
Unterrichtung - [Drs. 17/1686](#)

Der Ausschuss behandelte die Eingabe 1883-01.